

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXIII
--	--------

*Detaillierte Inhaltsverzeichnisse finden Sie jeweils zu Beginn
der einzelnen Paragraphen.*

Grundlegung

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Förderung gemeinnütziger Körperschaften	1
B. Wirtschaftliche Bedeutung gemeinnütziger Einrichtungen	4
C. Gemeinnützige Organisationsformen	8
D. Rechtsentwicklung	10
I. Von der <i>piae causae</i> zur Gemeinnützigkeit	10
II. Steuerrecht	13
1. Problemstellungen und Lösungsversuche	13
2. Definition der gemeinnützigen Zwecke	16
3. Spendenrecht	18
4. Gemeinnützigkeit und Verfassungsrecht	18
5. Reformüberlegungen	20
E. Bedeutung des Gemeinnützigkeitsstatus	21
I. Vorteile	21
II. Bindungen	22
III. Alternativen	24
1. Unterstützung ideeller Tätigkeit von natürlichen Personen	24
2. Ideelle Tätigkeit und Steuern bei einer juristischen Person	25
3. „Verzicht“ auf die Gemeinnützigkeit.	27

§ 1 Rechtsformwahl

(Bearbeiter: Dr. Lucas van Randenborgh)

I. Allgemeines	29
II. Subjektive Auswahlkriterien	31
III. Rechtliche Auswahlkriterien	32
1. Vermögensmäßige Beteiligung und Eigentümer- stellung	32
2. Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Geschäfts- führung und die Struktur der Körperschaft	34

IX

Inhalt

3. Kapitalausstattung und Beiträge.	37
4. Lebensdauer, Auflösung	37
IV. Würdigung	38

§ 2 Vereinsrecht

(Bearbeiter: Dr. Lucas van Randenborgh)

A. Der rechtsfähige Verein.	41
I. Gründung des eingetragenen Vereins.	44
1. Der Gründungsakt.	44
2. Die Satzung als Bestandteil des Gründungsakts.	44
3. Der Vorverein	45
4. Von der Gründung bis zur Eintragung	48
II. Die Rechtsgrundlagen des Vereinsrechts und die Satzung.	50
1. Rechtliche Einordnung der Satzung	51
2. Inhalt der Satzung	52
III. Rechte und Pflichten der Mitglieder.	57
1. Eintritt von Mitgliedern	57
2. Mitgliedschaftsrechte	60
3. Mitgliedschaftspflichten	64
4. Austritt, Ausschluss	66
IV. Die Mitgliederversammlung	69
1. Bedeutung	69
2. Zuständigkeit	69
3. Einberufung der Mitgliederversammlung	70
4. Leitung der Mitgliederversammlung	74
5. Beschlussfassung der Mitgliederversammlung	76
V. Der Vorstand	84
1. Rechtsstellung.	84
2. Zusammensetzung und Organisation.	85
3. Vertretung und Vertretungsmacht	86
4. Geschäftsführung	88
5. Bestellung des Vorstands.	91
6. Beendigung des Vorstandsamts	92
VI. Weitere Vereinsorgane	93
1. Der besondere Vertreter.	93
2. Der Aufsichtsrat	94
3. Erweiterter Vorstand	95
4. „Ältestenrat“ oder „Vereinsgericht“.	95
VII. Beendigung des Vereins	96
1. Auflösung durch Beschluss der Mitgliederversammlung (§ 41 BGB).	97
2. Verzicht auf die Rechtsfähigkeit	97
3. Auflösung durch Zeitablauf oder Bedingungseintritt (§ 74 Abs. 2 BGB)	98
4. Sitzverlegung ins Ausland.	98
5. Gerichtliche oder behördliche Maßnahmen	98

6. Insolvenz	99
7. Umwandlung	100
8. Anfall des Vereinsvermögens, Liquidation	100
B. Besonderheiten beim nichtrechtsfähigen Verein	103
I. Abgrenzung zu anderen Rechtsformen	103
II. Anwendbare Vorschriften	104
III. Entstehung des nicht eingetragenen Vereins	104
IV. Vereinsverfassung und Vereinsvermögen	105
V. Beendigung des nicht eingetragenen Vereins	107
C. Verbandsrecht	107
I. Begriffsbestimmung	107
II. Funktion der Verbände	109
III. Besonderheiten bei Vereinsverbänden	109
IV. Besonderheiten beim Großverband	112
1. Delegiertenversammlung	112
2. Selbstständigkeit der Untergliederung	114

§ 3 Stiftungsrecht

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Die rechtsfähige Stiftung	118
I. Grundlagen	118
1. Stiftungsbegriff	118
2. Erscheinungsformen	119
3. Rechtsquellen	121
II. Die Entstehung der Stiftung	123
1. Notwendige Schritte zur Errichtung einer Stiftung	123
2. Errichtung einer Stiftung von Todes wegen	130
3. Stiftungsgeschäft unter Lebenden	136
4. Errichtung einer privatrechtlichen Stiftung durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft	140
5. Kirchliche Stiftungen	141
III. Verfassung der Stiftung	142
1. Der Stifter	142
2. Der Stiftungszweck	143
3. Das Stiftungsvermögen	146
4. Stiftungsname und Sitz	149
5. Die Organe	150
6. Die Satzungsänderung	155
7. Auslegung der Stiftungssatzung	158
IV. Geschäftsführung und Vertretung	160
1. Pflichten des Vorstands	160
2. Beschlussfindung im Vorstand	163
3. Rechte des Vorstands	164
4. Verwaltungskosten	165
5. Vertretung	166

Inhalt

6. Die Haftung des Vorstands	170
7. Die Haftung der Stiftung für das Tätigwerden der Organe	173
V. Erhaltung des Stiftungsvermögens	174
1. Vermögenserhaltung und Ertragsverwendung	174
2. Stiftung und Unternehmensträgerschaft	178
3. Vermögensanlage durch den Stiftungsvorstand	181
VI. Verwendung der Stiftungserträge	184
1. Zweckverfolgung durch die Stiftung	184
2. Ansprüche Dritter auf Stiftungsmittel	185
3. Die Bindung der Stiftung an die allgemeinen Gesetze	187
VII. Die Stiftungsaufsicht	187
1. Staatliche und kirchliche Aufsicht	187
2. Laufende Aufsicht über die Stiftung	189
3. Aufsichtsmaßnahmen	190
4. Zweckänderung, Zusammenlegung und Aufhebung durch die Aufsichtsbehörde	193
5. Widerruf der Stiftungserrichtung bei einer fehlerhaft errichteten Stiftung	194
6. Gebühren	194
7. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Aufsichts- behörde	194
8. Haftung der Aufsichtsbehörde	195
9. Anwendbares Recht für alte Stiftungen	195
VIII. Die Beendigung der Stiftung	196
B. Besonderheiten bei der nichtrechtsfähigen Stiftung	199
I. Rechtsgrundlage	199
1. Begriff	199
2. Vertrag mit dem Rechtsträger	200
3. Verfassung der nichtrechtsfähigen Stiftung	203
II. Stiftungsvermögen und Trägervermögen	203
1. Schutz gegen Gläubiger des Trägers	203
2. Beschränkung der Vermögenshaftung auf das Stiftungsvermögen	204
3. Haftung des Rechtsträgers gegenüber der Stiftung	204
III. Auflösung der Stiftung	204

§ 4 GmbH-Recht (Grundzüge)

(Bearbeiter: Dr. Lucas van Randenborgh)

A. Entwicklung und Bedeutung	206
B. Gründung und Struktur der GmbH	206
I. Stadien der Gründung	206
1. Die Vorgründungsgesellschaft	207
2. Die Vorgesellschaft	208

3. Eintragung	209
4. Haftungsrisiken bei der Gründung	209
II. Gesellschaftsvertrag	211
1. Allgemeines	211
2. Mindestinhalt	211
3. Fakultativer und empfehlenswerter Inhalt	213
III. Geschäftsführer	214
IV. Stammkapital und Stammeinlagen	214
V. Anmeldung und registerrechtliches Verfahren	216
C. Die Gesellschafter	217
I. Stellung der Gesellschafter	217
II. Rechte der Gesellschafter.	218
1. Informationsrecht	219
2. Prüfungs- und Überwachungsrecht gegenüber der Geschäftsführung.	220
III. Pflichten der Gesellschafter	220
1. Treuepflicht	220
2. Wettbewerbsverbot	221
3. Sonstige Pflichten	221
IV. Die Beschlussfassung	221
V. Auslegung von Gesellschafterbeschlüssen	224
VI. Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse.	224
D. Geschäftsführung und Vertretung	225
E. Kapitalerhaltung	227
F. Rechnungslegung	228
G. Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung	229
I. Ergebnisermittlung	229
II. Ergebnisverwendung	230
H. Geschäftsanteile im Rechtsverkehr	231
I. Beendigung der GmbH.	233
1. Auflösung durch Zeitablauf	233
2. Auflösung durch Beschluss der Gesellschafter.	234
3. Auflösung durch gerichtliches Urteil.	234
4. Insolvenz	235
5. Auflösung durch Verfügung des Registergerichts	236
6. Sitzverlegung ins Ausland.	236
7. Auflösungsgründe im Gesellschaftsvertrag	236
8. Umwandlung	237
9. Liquidation.	237
10. Nachtragsliquidation	238

Inhalt

§ 5 Juristische Person des öffentlichen Rechts

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Grundzüge	239
B. Abgrenzungen	241
I. Hoheitsbetrieb	241
II. Vermögensverwaltung	243
III. Betrieb gewerblicher Art (BgA) als Steuerobjekt	245
IV. Gemeinnützigkeitsrechtliche Besonderheiten des BgA. . .	246
C. Gemeinnützigkeit des BgA	249
I. Formelle Satzungsmaßigkeit	249
II. Zweckbetrieb	249
III. Gewinnverwendung	251
IV. Auflösung des BgA	251

§ 6 Gemeinnützigkeit

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Gemeinnützige Körperschaften	254
I. Inländische Körperschaften	254
1. Körperschaften im Sinne des KStG.	254
2. Regionale und funktionale Untergliederungen	257
3. Dachverband	259
II. Ausländische Körperschaften	260
III. Tätigkeit im Ausland	260
B. Gemeinnützige Tätigkeit	261
I. Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet	261
1. Förderung des Gemeinwohls	261
2. Gesetzlich anerkannte Zwecke	280
II. Mildtätigkeit	291
III. Kirchliche Zwecke	294
IV. Art der Förderung	295
C. Satzungsgestaltung bei gemeinnützigen Körperschaften	296
I. Notwendiger Satzungsinhalt	296
1. Gesetzlicher Maßstab	296
2. Verfolgung gemeinnütziger Zwecke	300
3. Förderung der Allgemeinheit	301
4. Grundsatz der ausschließlichen, selbstlosen und unmittelbaren gemeinnützigen Mittelverwendung	301
5. Grundsatz der Vermögensbindung	303
6. Verbotener Satzungsinhalt	308
II. Festlegung in der Satzung	308

§ 7 Finanzierung der gemeinnützigen Tätigkeiten

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Einführung	313
I. Finanzierungsfreiheit	313
1. Ausschließlichkeit	313
2. Verbot der Verlusterzielung im wirtschaftlichen Bereich	315
3. Zeitnahe Mittelverwendung	320
4. Transfer zwischen den Vermögenssphären	321
II. Die Aufteilung der gemeinnützigen Körperschaft in vier Einkommenssphären	323
B. Ausstattung der gemeinnützigen Körperschaft mit Vermögen	325
I. Stiftungserrichtung	325
1. Erbschaftsteuer	325
2. Spendenrecht	327
3. Besteuerung des Stifters	327
II. Vereinsgründung	331
III. Gründung einer gemeinnützigen GmbH	332
1. Durch steuerpflichtige Personen	332
2. Durch gemeinnützige Körperschaften	333
IV. Der Wechsel von der Steuerpflicht zur Steuerfreiheit	335
V. Zuwendungen von Todes wegen	336
C. Finanzierung durch Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Sponsoring	337
I. Zuwendungen	337
1. Rechtsgrundlagen	337
2. Zur Förderung gemeinnütziger Zwecke	339
3. Steuerliche Behandlung der Zuwendungen bei der gemeinnützigen Körperschaft	342
4. Erbschaft- und Schenkungsteuer	344
5. Zivilrecht	347
II. Mitgliedsbeitrag	348
III. Zuschüsse	352
IV. Sponsoring	354
D. Finanzierung durch Erträge aus der Vermögensverwaltung	358
I. Steuerfreiheit der Erträge aus der Vermögensverwaltung	358
1. Gesetzliche Grundlage	358
2. Abgrenzung zwischen der Vermögensverwaltung und einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	360
II. Gemeinnützigkeitsgemäße Vermögensverwaltung	369
1. Gewinnerzielungsabsicht	369
2. Begünstigungsverbot	371

Inhalt

E. Zweckbetrieb	371
I. Einnahmen aus einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	371
II. Die Zweckbetriebsdefinition.	375
1. Einnahmeerzielung durch die Förderung satzungsmäßiger Zwecke	377
2. Wettbewerbsbeeinträchtigung	380
III. Die gesetzlich festgelegten Zweckbetriebe	385
1. Einführung	385
2. Wohlfahrtspflege und Krankenhäuser.	387
3. Sportliche Veranstaltungen	391
4. Altenheime und Kindergärten	393
5. Selbstversorgungseinrichtungen und Fürsorgeeinrichtungen für Blinde und Behinderte	394
6. Lotterien	396
7. Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen	397
8. Bildungseinrichtungen	398
9. Auftragsforschung	399
F. Steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	401
I. Gemeinnützigkeitsrechtliche Zulässigkeit	401
1. Ausschließliche gemeinnützige Zweckverfolgung	401
2. Subventionierung einer steuerpflichtigen Tätigkeit ...	405
3. Einlage und Thesaurierung von Vermögen der gemeinnützigen Körperschaft in einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb.	407
4. Verknüpfung der wirtschaftlichen mit der ideellen Tätigkeit.	408
II. Definition des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes.	410
1. Grundsätze	410
2. Die einzelnen Begriffsmerkmale	410
3. Abgrenzung zum Zweckbetrieb	414
4. Ein oder mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe ..	414
III. Beispiele steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe	415
1. Tätigkeit der Geschäftsstelle	415
2. Personalgestellung	416
3. Entgeltliche Gestellung von Sachmitteln	419
4. Zentrale Beschaffungs- und Verwaltungsstellen.	419
5. Gesellige Veranstaltungen und Kleinverkäufe	420
6. Beratung.	420
7. Werbung	420
8. Bewirtschaftung einer Veranstaltung	422
9. Gestaltungshinweise	422
10. Beteiligung an einer Tochtergesellschaft	424
11. Betriebsaufspaltung	424
12. Hilfspersonentätigkeit.	425
IV. Die Besteuerung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs ..	426

§ 8 Partielle Steuerpflicht

(Bearbeiter: Dipl.-Finw. Harald Bott)

A. Allgemeines	430
B. Körperschaftsteuer	433
I. Steuersubjekt	436
1. Kapitalgesellschaft	437
2. Verein/Stiftung	438
3. Juristische Person des öffentlichen Rechts	440
II. Besteuerungsgegenstand (Steuerobjekt)	442
III. Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe	443
1. Allgemeines	443
2. Ausnahmen	452
3. Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens	453
4. Gewinnermittlung im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	530
IV. Steuersatz	567
V. Sonstige Arten der partiellen Steuerpflicht	570
1. Inländische steuerabzugspflichtige Einkünfte	570
2. Ausschüttungsbedingte Änderung der Körperschaftsteuer	585
3. Sonstiges (§ 21 Abs. 3 UmwStG 1995 und § 22 UmwStG)	594
C. Gewerbesteuer	599
D. Solidaritätszuschlag	607

§ 9 Gemeinnützige Mittelverwendung

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Anforderungen	613
I. Gesetzliche Grundlagen	613
II. Ausschließlichkeit	615
III. Unmittelbarkeit	616
IV. Förderung der steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke	618
1. Geeignetheit der Maßnahme	618
2. Unterstützung anderer	621
3. Förderung der Interessen der Mitglieder, Gesellschafter und Stifter	623
4. Angemessene Mittelverwendung	630
5. Angewandtes Mittel	639
V. Prüfungszeitraum und Prüfungsmaßstab	643
1. Prüfungszeitraum	643
2. Prüfungsmaßstab	644
VI. Rechtsfolgen eines Verstoßes	645
B. Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung	647

Inhalt

C. Unmittelbare Zweckverwirklichung	648
I. Einführung	648
II. Operative gemeinnützige Körperschaft	656
III. Fördernde Tätigkeit einer gemeinnützigen Körperschaft	660
1. Einführung	660
2. Förderkörperschaft iSd. § 58 Nr. 1 AO	662
3. Zuwendung von Geld- und Sachmitteln	665
4. Überlassung von Arbeitskräften	668
5. Überlassung von Räumen	669
IV. Dachorganisationen	670
D. Selbstlosigkeit bei der Zweckverwirklichung	671
E. Gebot der zeitnahen Mittelverwendung	673
I. Grundlagen	673
II. Einzelfragen	679
1. Ausstattungskapital	679
2. Nutzungsgebundenes Kapital	681
3. Erfüllung von Verbindlichkeiten und Auflagen	683
4. Aufwendungen für die Mittelverwendung oder die Mittelbeschaffung	684
5. Wertverluste als Mittelverwendungen?	685
6. Verwendung der Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	685
III. Mittelverwendung durch Rücklagenbildung nach § 58 Nr. 6 AO	687
IV. Vermögenserhaltungsrücklagen	690
1. Freie Rücklage	690
2. 10 vH-Rücklage aus sonstigen Mitteln	692
3. Ansparen von Mitteln für eine Kapitalerhöhung	694
4. Ansparrücklage bei Stiftungen	694
5. Umschichtung von Aktivvermögen und Auswirkung auf die gebildete freie Rücklage	695
V. Mittelvortrag und Verwendungsüberhang	696
VI. Die Mittelverwendungsrechnung	696
F. Gemeinnützige Mittelverwendung im Zweckbetrieb ...	697
G. Ausnahmen von dem Gebot der gemeinnützigen Mittelverwendung	698
I. Zuwendungen an den Stifter und seine nächsten Angehörigen	698
II. Gesellige Zusammenkünfte	700
III. Förderung des bezahlten Sports	700
IV. Zuschüsse an Wirtschaftsunternehmen	700
H. Verbotene Mittelverwendungen	700
I. Gewinnausschüttung	700
II. Begünstigungsverbot	702
III. Unterstützung politischer Parteien	702

**§ 10 Steuerverfahrensrecht und Verstoß gegen
Gemeinnützigkeitsvorschriften**
(Bearbeiter: Dipl.-Finw. Harald Bott)

A. Anerkennung als steuerbegünstigte Körperschaft.	705
I. Allgemeines	705
II. Vorläufige Anerkennung	708
1. Rechtsinhalt der vorläufigen Bescheinigung.	708
2. Anwendungsfälle	710
III. Endgültige Anerkennung	713
1. Prüfung im Veranlagungs- und Festsetzungsver- fahren	714
2. Betriebsprüfung	719
3. Änderung/Berichtigung von Bescheiden	719
4. Rechtsschutz	720
B. Verstöße gegen gemeinnützigkeitsrechtliche Bestimmungen	721
I. Allgemeines	721
II. Verstoß gegen allgemeine gemeinnützigkeitsrechtliche Bestimmungen	723
1. Mögliche Verstöße	723
2. Rechtsfolge	738
III. Verstoß gegen die satzungsmäßige Vermögensbindung ..	748
1. Mögliche Verstöße	751
2. Rechtsfolge	753
IV. Zurechnung von Handlungen	754
C. Ausstieg als steuerbegünstigte Körperschaft.	757

§ 11 Spendenrecht
(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

A. Rechtsgrundlage	763
I. Hintergrund	763
II. Rechtsquellen	763
1. Einkommensteuergesetz	763
2. Abgeltungsteuer	764
3. Körperschaftsteuergesetz	765
4. Gewerbesteuerengesetz	766
III. Abzugsbeschränkung der Höhe nach	766
1. Spendenabzug und Verfassungsrecht	766
2. Grundsätze zur Begrenzung des Umfangs	767
IV. Abgrenzung des Spendenabzugs	768
1. Zurechnung der Spendenzahlung	768
2. Betriebsausgabenabzug	768
3. Spenden durch Körperschaften	770
4. Einheitlichkeit und Trennbarkeit von Leistungen ...	772
5. Zivilrecht	773

Inhalt

6. Bilanzrecht	774
7. Zulässiger Umfang der Spendenwerbung	774
B. Tatbestandsvoraussetzungen des Spendenabzugs	775
I. Ausgaben zugunsten gemeinnütziger Körperschaften und Körperschaften öffentlichen Rechts zur Förderung gemeinnütziger Zwecke	775
II. Zur Förderung	778
1. Unentgeltlichkeit	778
2. Freiwilligkeit	779
III. Tatbestandliche Verwendung zu einem gemeinnützigen Zweck	781
1. Unmittelbare Verwendung für den Spendenzweck	781
2. Mitgliedsbeiträge an Sport-, Freizeit- und Kultur- vereine	784
3. Nachweis über ausgestellte Bestätigungen	786
IV. Spendenempfänger	786
V. Zuwendungsbestätigung	787
1. Bedeutung der Zuwendungsbestätigung	787
2. Verwendung von Mustervordrucken	789
3. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten für ausgestellte Zuwendungsbestätigungen	795
VI. Sachspenden	796
1. Gegenstand der Sachspende	796
2. Nutzungen und Leistungen	797
3. Bewertung von Sachspenden	797
4. Umsatzsteuer	799
5. Zuwendungsbestätigung	799
VII. Aufwandsspenden	800
1. Gegenstand der Aufwandsspende	800
2. Verzicht auf ein Entgelt	801
3. Höhe des Anspruchs	801
4. Zuwendungsbestätigung	801
5. Vergütungsansprüche und Nutzungsentgelte	801
C. Umfang des Spendenabzugs	802
I. Spendenabzug in Abhängigkeit vom Einkommen	802
1. Einkommen bei der Einkommensteuer, Körperschaft- steuer und Gewerbesteuer	802
2. Organschaft	802
II. Spendenabzug in Abhängigkeit vom Umsatz und den im Wirtschaftsjahr aufgewendeten Löhnen und Gehältern	803
III. Unbegrenzter Spendenvortrag	803
D. Die Spendenbegünstigung für Stiftungen	804
I. Zuwendungen in den Vermögensstock von Stiftungen	804
1. Grundtatbestand	804
2. Zuwendung in den Vermögensstock	807
3. Höchstbetragsberechnung	808

4. Zuwendungsbestätigung	809
II. Stiftung durch Körperschaften	809
E. Vertrauensschutz und Haftung	810
I. Vertrauensschutz	810
1. Vertrauen in eine ordnungsgemäße Zuwendungs- bestätigung	810
2. Unrichtigkeit der Zuwendungsbestätigung	810
3. Bestätigung durch unlautere Mittel oder falsche Angaben erwirkt	811
4. Unrichtigkeit der Bestätigung bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht bekannt	812
5. Rechtsfolge des Vertrauensschutzes	813
II. Haftung für fehlerhafte Zuwendungsbestätigung	814
1. Ausstellerhaftung	814
2. Veranlasserhaftung	817
3. Umfang der Haftung	818
4. Auswahlermessen und Festsetzung der Haftungsschuld	819
III. Zivilrechtliche Folgen einer Haftung	820

§ 12 Umsatzsteuer

(Bearbeiter: Ralf Rasche)

A. Berechnung der Umsatzsteuer	823
I. Grundsätze	823
II. Unternehmereigenschaft der gemeinnützigen Körper- schaft	825
1. Ideeller Bereich	827
2. Vermögensverwaltung	827
3. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	828
4. Organschaft	828
III. Leistungen im Leistungsaustausch	831
1. Allgemeines	831
2. Leistungen zur Erfüllung der satzungsgemäßen (gemeinnützigen) Zwecke	832
3. Leistungen an die Mitglieder	832
4. Zahlungen der öffentlichen Hand	834
5. Sponsoring	835
IV. Unentgeltliche Wertabgaben (Eigenverbrauch und eigen- verbrauchsähnliche Tatbestände)	838
1. Leistungen aus dem unternehmerischen Bereich an den ideellen Bereich	838
2. Leistungen für andere unternehmensfremde Zwecke	839
V. Steuerbefreiungsvorschriften	840
1. Allgemeines	840
2. Umsätze, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen	840
3. Vermietung/Verpachtung von Grundstücken	841
4. Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime	843

Inhalt

5. Leistungen der Wohlfahrtseinrichtungen	845
6. Kulturelle Einrichtungen	848
7. Veranstaltungen wissenschaftlicher oder belehrender Art, andere kulturelle und sportliche Veranstaltungen .	849
8. Jugendherbergswesen	851
9. Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe	851
VI. Steuervergütung	852
VII. Bemessungsgrundlage.	853
1. Entgeltliche Leistungen und innergemeinschaftlicher Erwerb	853
2. Aufwendungen eines Dritten für die Leistung/ Zuschussproblematik	854
VIII. Steuersätze	855
1. Ermäßigter Steuersatz	855
2. Regelsteuersatz	856
B. Vorsteuerabzug	856
I. Grundsätze	856
II. Zuordnung der Eingangsleistung zum unternehmerischen Bereich.	857
1. Allgemeines	857
2. Zuordnung in vollem Umfang zum nichtunterneh- merischen Bereich.	857
3. Zuordnung in vollem Umfang zum unternehmer- ischen Bereich.	857
4. Anteilige Zuordnung.	858
III. Aufteilung der Vorsteuerbeträge	858
IV. Ausschluss des Vorsteuerabzugs	859
V. Durchschnittssatz zur Berechnung der abziehbaren Vor- steuerbeträge.	859
VI. Berichtigung des Vorsteuerabzugs	860
C. Kleinunternehmerregelung	861
I. Voraussetzungen	861
II. Rechtsfolgen.	862
D. Verfahrensrechtliches	862
I. Aufzeichnungspflichten	862
II. Steuererklärungspflichten	863
1. Anmeldung der Umsatzsteuer.	863
2. Fälligkeit der Umsatzsteuer.	864
3. Verantwortlichkeit für die Abgabe der Steueranmel- dungen und die Entrichtung der Steuern	864

§ 13 Besondere Verkehrssteuern und Grundsteuer

(Bearbeiter: Ralf Rasche)

A. Grunderwerbsteuer	868
I. Allgemeines	868
II. Begriff des Grundstücks	869
III. Beispiele für steuerbare Erwerbsvorgänge	869
1. Kaufvertrag und andere Rechtsgeschäfte, die den Anspruch auf Übereignung begründen	869
2. Der Eigentumsübergang unmittelbar kraft Gesetzes	870
IV. Steuerbefreiungen	870
1. Bagatellfälle	870
2. Erwerbe nach Maßgabe des ErbStG	871
B. Kraftfahrzeugsteuer	872
I. Allgemeines	872
II. Ausnahmen von der Besteuerung	873
1. Steuerbefreiung für Feuerwehrdienst, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Krankentransport	873
2. Humanitäre Hilfsgütertransporte in das Ausland und Vorbereitungsfahrten	874
3. Ausschließliche Verwendung zu den begünstigten Zwecken	875
III. Verfahrensfragen im Zusammenhang mit Steuerbefreiungsvorschriften	876
C. Grundsteuer	876
I. Allgemeines	876
II. Steuerbefreiung für Grundbesitz bestimmter Rechtsträger	878
1. Subjektive Voraussetzung für die Steuerbefreiung	878
2. Objektive Voraussetzung	879
3. Teilweise Benutzung für einen steuerbegünstigten Zweck	881
4. Verfahrensfragen zur Steuerbefreiung	882
III. Erlass der Grundsteuer	883
1. Allgemeines	883
2. Erlass für Kulturgut und Grünanlagen	884
3. Erlass wegen wesentlicher Ertragsminderung	885

§ 14 Arbeitsrecht

Bearbeiter: Karsten Tötter

A. Arbeitsrecht und Organstellung	887
I. Vorstand und Vertrag	887
1. Dienstvertrag oder Arbeitsvertrag	889
2. Abschluss des Vertrages	891
3. Form des Anstellungsvertrages	892

Inhalt

II. Beendigung von Amt und Vertrag	893
1. Beendigung der Organstellung	893
2. Beendigung des Anstellungsvertrages	895
B. Arbeitnehmer	901
I. Begründung des Anstellungsverhältnisses	901
II. Tarifrrechtliche Regelungen	905
III. Kündigungsschutz	908
1. Allgemeiner Kündigungsschutz	908
2. Besonderer Kündigungsschutz	913
IV. Betriebsübergang	917

§ 15 Betriebsverfassungsrecht

(Bearbeiter: Karsten Tötter)

A. Die Errichtung von Betriebsräten	921
I. Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes	922
1. Wahl des Betriebsrats	922
2. Größe des Betriebsrats	924
II. Kosten des Betriebsrats	925
1. Materielle Kosten	925
2. Personelle Kosten	926
3. Freistellung	927
B. Die Mitbestimmung des Betriebsrats	930
I. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	930
1. Mitbestimmungsrecht nach § 87 BetrVG	930
2. Verhältnis zu § 77 Abs. 3 BetrVG	931
3. Einigungsstelle	932
II. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen	933
III. Mitbestimmung bei Kündigungen	935
1. Mitbestimmung nach § 102 BetrVG	935
2. Mitbestimmung nach § 103 BetrVG	936
IV. Besonderheiten beim Tendenzbetrieb	937
1. Tendenzbetrieb	937
2. Besonderheiten bei der Mitbestimmung	938
3. Religionsgemeinschaften	939

§ 16 Lohnsteuer und Sozialversicherungsrecht

(Bearbeiter: Dr. Klaus J. Wagner)

A. Einleitung	943
B. Grundlagen	944
I. Sozialversicherung	944
II. Lohnsteuer	945
III. Übergreifende Gemeinsamkeiten	947
C. Die gemeinnützige Einrichtung als Arbeitgeber	947

D. Die Mitarbeiter der gemeinnützigen Einrichtung	948
I. Die geschäftsführenden Organe	948
1. Geschäftsführer einer GmbH	949
2. Geschäftsführende hauptamtliche Vorstände eines Vereins	951
3. Vorstand von Stiftungen	951
II. Die hauptamtlichen Mitarbeiter	952
1. Sozialversicherungspflicht der Arbeitnehmer	953
2. Steuerpflicht der Arbeitnehmer	953
3. Arbeitnehmerbegriff	953
4. Früheres Dienstverhältnis	959
5. Versicherungsfreiheit bestimmter Beschäftigungsverhältnisse	960
E. Arbeitslohn/Arbeitsentgelt	967
I. Begriffe	967
II. Arten des Arbeitslohns/-entgelts	969
1. Geldleistungen	969
2. Andere geldwerte Vorteile	969
3. Zuwendungen Dritter	977
III. Steuerfreie und beitragsfreie Zuwendungen	978
1. Nebenberufliche Tätigkeit	980
2. Geringfügige Beschäftigung	983
3. Reisekostenvergütungen	984
4. Durchlaufende Gelder und Auslagenersatz	985
5. Werkzeuggeld	986
6. Berufskleidung	986
7. Private Nutzung von Personal-Computern und Telekommunikationseinrichtungen	987
8. Zukunftssicherungsleistungen	987
9. Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge	988
10. Sonstige steuerfreie Zuwendungen	989
F. Ermäßigte Besteuerung von Abfindungen	990
I. Grundsatz	990
II. Abfindungen als außerordentlichen Einkünfte	990
G. Lohnsteuerverfahren	992
I. Allgemeines	992
II. Einbehaltungspflicht des Arbeitgebers	993
III. Berechnung der Lohnsteuer	993
1. Unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer	994
2. Beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer	996
3. Arbeitnehmer ohne Steuerkarte	996
4. Sonderfall: Pauschalierung der Lohnsteuer	996
IV. Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer	1002
V. Verspätete Abgabe der Lohnsteueranmeldung	1003
VI. Aufzeichnungspflichten	1003
VII. Lohnsteueranrufungsauskunft	1004

Inhalt

VIII. Lohnsteuer-Außenprüfung	1005
IX. Haftungsfragen	1006
1. Arbeitgeberhaftung für Lohnsteuer	1006
2. Haftung der Organe	1009
X. Nebenabgaben	1010
H. Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge	1011
I. Allgemeines	1011
II. Beitragsentrichtung im Arbeitsverhältnis	1011
1. Erhebungspflicht des Arbeitgeber	1011
2. Höhe des Beitrags	1011
3. Besonderheiten beim Einzug	1012
III. Melde- und Anzeigepflichten	1012
IV. Zwangsweise Durchsetzung der Beitragsansprüche	1012

§ 17 Recht der ehrenamtlichen Tätigkeit

(Bearbeiter: Karsten Tötter)

I. Die rechtliche Stellung der ehrenamtlichen Mitarbeiter. .	1017
1. Begriff der ehrenamtlichen Tätigkeit	1017
2. Beschäftigungsverhältnis bei ehrenamtlicher Tätigkeit .	1018
II. Rechtsgrundlagen für ehrenamtliche Tätigkeit	1019
1. Vertragliche Rechtsgrundlagen	1019
2. Betriebliche Mitbestimmung	1021
3. Arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen	1021
III. Haftung bei ehrenamtlicher Tätigkeit	1022
1. Organhaftung	1022
2. Innerbetriebliche Haftung	1023
IV. Sozialversicherungsrecht bei ehrenamtlich Tätigen	1025
1. Grundsatz der Versicherungsfreiheit.	1025
2. Besonderheiten in der Unfallversicherung	1026

§ 18 Rechnungslegung

(Bearbeiter: Christian Hoppen)

A. Jahresabschluss.	1032
I. Allgemeine Grundsätze	1032
II. Aufstellungspflicht	1033
1. Vereinsrecht	1033
2. Stiftungsrecht	1034
3. Handelsrecht	1037
4. Steuerrecht	1037
5. Gemeinnützigkeitsrecht	1039
III. Verantwortlichkeit des Vorstands	1039
IV. Aufstellungsfrist	1040
V. Internationale Rechnungslegung	1041

B. Ergebnisermittlung	1042
I. Allgemeine Grundsätze	1042
II. Ergebnisermittlungsregeln	1043
1. Gemeinnütziger Bereich	1043
2. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	1058
III. Zweckmäßigkeitserwägungen	1064
1. Zweck der Bilanzierung bei der gemeinnützigen Körperschaft	1064
2. Ausweis der Mittelverwendung	1065
3. Ansatz- und Bewertungsfragen	1065
4. Gliederungsschema	1068
C. Prüfung	1068
I. Prüfungspflichten	1068
1. Stiftungs- und Vereinsrecht	1068
2. Steuerrecht	1070
II. Bestellung des Abschlussprüfers	1071
III. Prüfungsgegenstand	1072
IV. Prüfungsergebnis	1073
1. Prüfungsbericht	1073
2. Prüfungsvermerk	1076
D. Offenlegung	1077
E. Sonderregelungen für Krankenhäuser und Pflege- einrichtungen	1078
I. Allgemeine Buchführungs- und Rechnungsvorschriften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen	1078
II. Bestandteile des Jahresabschlusses und ausgewählte gegen- über dem Handelsrecht abweichende Einzelvorschriften	1082
1. Allgemeines	1082
2. Aktiva	1084
3. Passiva	1086
III. (Erweiterte) Jahresabschlussprüfung des Krankenhauses und der Pflegeeinrichtung	1089

§ 19 Umstrukturierung gemeinnütziger Körperschaften

(Bearbeiter: Dr. Christian Kirchhain LL.M.)

A. Einführung	1093
I. Gegenstand der Darstellung	1093
II. Rechtliche Grundlagen	1094
1. Zivilrecht	1094
2. Steuerrecht	1094
B. Fusion gemeinnütziger Körperschaften	1100
I. Umstrukturierungsanlässe	1100
II. Rechtliche Grundlagen	1100
1. Zivilrecht	1100

Inhalt

2. Steuerrecht	1103
III. Besonderheiten bei der Verschmelzung gemeinnütziger Vereine	1108
1. Umwandlungsrecht	1108
2. Steuerrecht	1108
IV. Besonderheiten bei Fusionen unter Beteiligung gemeinnütziger GmbHs	1110
1. Verschmelzung gemeinnütziger GmbHs	1110
2. Fusion einer gemeinnützigen GmbH mit einem gemeinnützigen Verein oder einer gemeinnützigen Stiftung	1110
3. Fusion einer steuerpflichtigen GmbH mit dem gemeinnützigen Mutterverein oder der gemeinnützigen Mutterstiftung	1112
4. Fusion einer gemeinnützigen GmbH mit steuerpflichtigem wG auf den gemeinnützigen Mutterverein oder die gemeinnützige Mutterstiftung	1114
V. Besonderheiten beim Zusammenschluss von Stiftungen	1114
1. Stiftungsrecht	1114
2. Steuerrecht	1115
C. Rechtliche Verselbständigung einzelner Tätigkeitsbereiche	1116
I. Verselbständigung steuerpflichtiger Tätigkeiten	1116
1. Umstrukturierungsanlässe	1116
2. Zivilrecht	1119
3. Steuerrecht	1122
II. Verselbständigung gemeinnütziger Tätigkeiten	1129
1. Umstrukturierungsanlässe	1129
2. Zivilrecht	1130
3. Steuerrecht	1131
D. Auf- und Abspaltung von Vermögen gemeinnütziger Körperschaften	1136
I. Zivilrecht	1136
II. Steuerrecht	1138
1. Gemeinnützigkeitsrecht	1138
2. Ertragsteuern	1139
E. Übertragung von Vermögen einer gemeinnützigen Körperschaft auf eine juristische Person des öffentlichen Rechts	1140
I. Zivilrecht	1140
II. Steuerrecht	1141
F. Wechsel der Rechtsform	1141
I. Zivilrecht	1141
II. Steuerrecht	1142
G. Umstrukturierung bei einer steuerpflichtigen Tochtergesellschaft der gemeinnützigen Körperschaft	1144

§ 20 Gemeinnützige Körperschaft in der Krise

(Bearbeiter: Dr. Jens Eric Gotthardt)

A. Einführung	1148
B. Verein	1149
I. Pflichten des Vorstands	1149
1. Einberufung der Mitgliederversammlung	1149
2. Pflicht zur Sanierung	1149
3. Antragspflicht	1150
II. Haftung des Vorstands	1151
C. Stiftung	1153
I. Pflichten des Vorstands	1153
1. Information der Aufsichtsbehörde	1153
2. Pflicht zur Sanierung	1153
3. Antragspflicht	1154
II. Haftung des Vorstands	1155
D. GmbH	1155
I. Pflichten der Geschäftsführer	1155
1. Einberufung der Gesellschafterversammlung	1155
2. Pflicht zur Sanierung	1156
3. Antragspflicht	1156
II. Haftung der Geschäftsführer	1164
1. Insolvenzverschleppung	1164
2. Masseschmälerung	1168
3. Insolvenzverursachungshaftung	1170
III. Pflichten der Gesellschafter	1170
IV. Haftung Dritter	1171

§ 21 Konzernrechtliche Besonderheiten

(Bearbeiter: Dr. Jens Eric Gotthardt)

A. Grundbegriffe des Konzernrechts	1173
I. Konzernrecht als Schutzrecht	1173
II. Die Einzelatbestände der §§ 15 bis 19 AktG	1174
B. Rechtsformspezifische Vorgaben	1178
I. Verein	1178
1. Der Verein als Konzernspitze	1180
2. Der Verein als untergeordnetes Konzernunternehmen	1181
II. Stiftung	1182
1. Die Stiftung als Konzernspitze	1182
2. Die Stiftung als untergeordnetes Konzernunternehmen	1184
III. GmbH	1184
1. Die GmbH als Konzernspitze	1185
2. Die GmbH als untergeordnetes Konzernunternehmen	1185

Inhalt

C. Gemeinnützigkeitsrechtliche Vorgaben	1186
I. Die gemeinnützige Körperschaft als Konzernspitze	1186
II. Die gemeinnützige Körperschaft als untergeordnetes Konzernunternehmen	1189

§ 22 Europäisches und Internationales Steuerrecht

(Bearbeiter: Dr. Marcus Helios)

A. Internationales Steuerrecht	1193
I. Besteuerung ausländischer gemeinnütziger Körperschaften im Inland	1193
II. Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen	1194
B. Bedeutung des Europarechts für gemeinnützige Einrichtungen	1195
C. Anwendbarkeit der Binnenmarktregeln auf gemein- nützige Einrichtungen	1200
I. Konzept des Binnenmarktes	1200
II. Anwendbarkeit der Grundfreiheiten auf gemeinnützige Einrichtungen	1201
1. Wirtschaftliche Tätigkeit	1201
2. Gemeinnützige Einrichtungen als Begünstigte der Grundfreiheiten	1202
III. Wettbewerbsrecht	1204
1. Zielsetzung des Wettbewerbsrechts	1204
2. Funktionaler Unternehmensbegriff	1204
D. Europarechtliche Beurteilung von grenzüberschreitende Aktivitäten gemeinnütziger Einrichtungen	1206
I. Fallgruppen grenzüberschreitender Gemeinnützig- keit	1206
II. Aktivitäten inländischer Körperschaften im Ausland (Outbound)	1206
1. Grundsätze	1206
2. Europarechtliche Würdigung von § 52 Abs. 2 AO	1207
III. Aktivitäten ausländischer Körperschaften im In- und Ausland	1211
IV. Grenzüberschreitender Spendenabzug	1211
1. Entwicklung und Vorgaben der EuGH-Recht- sprechung	1211
2. Änderung durch das „Gesetz zur Umsetzung steuer- licher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften“	1214
E. Steuervergünstigungen für gemeinnützige Körperschaf- ten als Beihilfe iSd. § 87 EGV	1216
I. Anwendungsbereich und Verfahrensrecht des EU-Bei- hilfenrechts	1216

II. Reform des Beihilfenrechts aufgrund des „Aktionsplans Staatliche Beihilfen“	1217
III. Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 87 Abs. 1 EGV . . .	1219
1. Subjektiver Anwendungsbereich: Unternehmen oder Produktionszweige	1220
2. Begünstigende Beihilfe	1222
3. Bestimmtheit der Beihilfe	1224
4. Staatlich oder aus staatlichen Mitteln	1225
5. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung	1226
6. Ausnahme: De-minimis-Beihilfen	1227
IV. Gemeinnützigkeitsrelevante Ausnahmen vom Beihilfeverbot (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV	1229
1. Überblick	1229
2. Art. 107 Abs. 2 AEUV	1229
3. Art. 107 Abs. 3 AEUV	1230
V. Zusammenfassung	1235
F. Rechtlicher Rahmen für grenzüberschreitendes Tätigwerden	1235
I. Übersicht: Europäische Rechtsformen	1235
II. Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	1236
1. Rechtsgrundlagen	1237
2. Rechtliche Zulässigkeit der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV)	1237
3. Errichtung	1238
4. Organe	1238
5. Rechtsverhältnis der Gesellschaft zu Dritten	1239
6. Gesellschafterwechsel und Auflösung	1240
7. Steuerliche Behandlung	1240
III. Vorschläge für einen europäischen Verein, eine europäische Stiftung und eine europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft	1241